

Krakauer Zeitung.

Nr. 65.

Dinstag, den 19. März

1861.

Die „Kraukauer Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Vierteljähriger Abonnementspreis: für Krakau 4 fl. 20 Nkr., mit Verendung 5 fl. 25 Nkr. — Die einzelne Nummer wird mit 9 Nkr. berechnet. — Inzerationsgebühren im Intelligenzblatt für den Raum einer vierzeiligen Petitzeile für V. Jahrgang. — Inzerat-Vestellungen und Gelder übernimmt die Administration der „Kraukauer Zeitung“. Zusendungen werden franco erbeten.

Amtlicher Theil.

3. 2523.
Der mit dem hohen k. k. Justizministerial-Erlasse de dato 20. Jänner l. J. 3. 18.446 über sein Ansuchen von Neu-Sandec nach Biala übersehte Advocat Dr. Alois Eisenberg hat am 18. Jänner d. J. die Ausübung der Advocatur am 21. v. M. begonnen. Was hiemit zur allgemeinen Kenntniß gebracht wird.
Vom Krakauer k. k. Ober-Landesgerichte.
Krakau, am 11. März 1861.

Nichtamtlicher Theil.

Krakau, 19. März.

Wie gemeldet haben die Mitglieder des Verfassungsausschusses der holsteinischen Stände sich im Wesentlichen über ihre Schlussanträge bereits vollständig geäußert. Der Ausschussbericht wird zunächst die Regierungsvorlagen als in jeder Beziehung ungenügend und namentlich als zur Wahrung der Rechte und Interessen des Herzogthums Holstein nicht geeignet nachweisen und demgemäß beantragen, daß die Stände sich in Uebereinstimmung mit ihren Bedenken namentlich von 1857 nochmals dahin erklären, daß die Annahme einer Spezialverfassung für das Herzogthum Holstein nicht eher erfolgen könne, als bis die Stellung des Herzogthums Holstein in der Monarchie in einer die Selbstständigkeit und Gleichberechtigung sicherstellenden Weise geordnet sei; daß ferner die Regierungsvorlage in Betreff des Provisoriums entschieden abzulehnen und dagegen überall an den bereits durch Bundesbeschluß vom 8. März vorigen und 7. Februar dieses Jahres festgestellten Bedingungen, wonach für die Dauer des Provisoriums „alle Gesetzbücher, welche dem Reichsrath zugehen, auch den holsteinischen Ständen unterbreitet werden müssen und kein Gesetz in gemeinschaftlichen Angelegenheiten, namentlich auch in Finanzsachen, für die Herzogthümer erlassen werden dürfe, wenn es nicht die Zustimmung der Stände erhalten habe“, festzuhalten sei, und endlich, daß die in der königlichen Vorlage proponirte Modification der Gesamtstaatsverfassung vom 2. Oktober 1855 ganz und gar nicht geeignet erscheine, die den Herzogthümern zugesicherte Selbstständigkeit und Gleichberechtigung zu verbürgen. Hieran wird sich alsdann eine Hinweisung darauf knüpfen, daß ein dauerhafter Friede in der dänischen Monarchie nur von einer Wiederherstellung der althergebrachten Verbindung der Herzogthümer Schleswig und Holstein zu erwarten stehe. Wie weit und wie nachdrücklich dies in dem Berichte ausgeführt werden soll, darüber allein hat sich eine gewisse Meinungsverschiedenheit unter den Ausschussmitgliedern bemerklich gemacht, die indessen nur vorübergehend gewesen ist. Die Ausschussanträge selbst dürften nach den Auslassungen, die sich kundgeben, zu urtheilen, einstimmig angenommen werden.

Die in der Sitzung des Bundestages vom 16. durch den Gesandten Dänemarks abgegebene Erklärung

lautet: Bei den Bedenken der holsteinischen Stände gegen eine gemeinsame Vertretung der Monarchie sei eine sofortige gemeinsame Verfassung unmöglich; Dänemark sei in seinen Vorlagen so weit gegangen, als er gestatte, und hoffe, diese Vorlagen, bei denen die Bedenken des Bundestages berücksichtigt worden seien, würden wenigstens eine provisorische Regelung herbeiführen; Weiteres sei bis zum Ständeschluß vorbehalten worden. Diese Erklärung wurde den vereinigten Ausschüssen zugewiesen.

Frankreichs gute Dienste in Sachen der Citadelle von Messina sind zu spät gekommen: Cialdini hatte, wie wir gestern berichtet haben, bereits dadurch, daß er wie in Gaeta trotz der aufgefackelten weißen Fahne die Citadelle noch stundenlang bombardirte, den alten Herzog, einen Helden, dem er die Schuhriemen aufzulösen nicht würdig, zur Uebergabe auf Gnade und Ungnade gezwungen. Doch wird, wie aus einer Depesche der Patrie erhellt, König Victor Emanuel Gnade ergehen lassen und den gefangenen genommenen 5 Generalen, 150 Officieren und 5000 Soldaten die Bedingungen halten, die durch Frankreichs Vermittlung zwischen ihm und Franz II. für den Fall vereinbart wurden, daß die Citadelle auf bloßen Befehl des letzteren und ohne Anwendung von Waffengewalt übergeben werde. Nähere Angaben über die Vorgänge in Messina liegen zur Stunde nicht vor; eben so wenig über die Citadelle del Tronto. Die „Don.“ schreibt über die Capitulation von Messina, Am 12. d. M. hat der Moniteur seinen Lesern an der Seine verkündet, Frankreich habe Garbinen bewogen, den Garnisonen von Messina und Civitella del Tronto diese Capitulation, wie sie Gaeta zu Theil geworden, zuzugestehen, und ein Dampfer sei unterwegs, der den vom König Franz II. gegebenen Befehl zur Uebergabe seinen getreuen Generalen überbringt. Von diesem Uebereinkommen mußte General Cialdini unterrichtet sein, da ein elektrischer Telegraph Turin mit Neapel und Reggio verbindet und untersech nach Messina geht; wie konnte es also kommen, daß er am 13. um Mittag noch ein mörderisches Feuer gegen die Citadelle von Messina eröffnete, ihr, als sie um 5 Uhr Nachmittags die weiße Fahne aufstreckte, keine Capitulation bewilligen wollte, und sie durch fortgesetztes Feuer um 9 Uhr Abends zwang, sich auf Gnade und Ungnade zu ergeben. — ein Resultat, das noch am nämlichen Abende dem Grafen Capour in der zweiten Turiner Kammer verkündet wurde. Es drängt sich unwillkürlich die Frage auf: Hat die piemontesische Regierung absichtlich Cialdini in Unkenntniß von dem getroffenen Uebereinkommen gehalten, um Frankreich zu zeigen, daß sie nicht mehr mit blindem Gehorsam seinen Befehlen nachkomme, oder hat Cialdini in wilddem Troke, nach blutigen Vorbeeren dürstend, die Weisungen seiner Regierung unbeachtet gelassen, keinen Parlamentar mit der versöhnlichen Botschaft in die Festung entsendet, und es vorgezogen, abermals Hunderte von pflichtgetreuen Anhängern des Königs Franz mit der Ueberlegenheit seiner Geschütze in den Tod zu jagen? Die Aufklärung kann nicht lange auf sich warten lassen, und bald wird es sich zeigen müssen,

wer die Verantwortung für dieses neuerliche völlig grundlose Blutvergießen zu tragen hat.

Der Lagueronniere'sche Brief, welcher der Note Antonelli's entgegneten soll, sollte am 16. d. in den Abendblättern erscheinen. Er enthält, wie man vernimmt, unter Anderem auch die in seiner Broschüre vermischte „Conclusion.“ Dieselbe ginge darauf hinaus, daß Italien in zwei Königreiche, ein nördliches unter Victor Emanuel und ein südliches unter einem Prinzen des Hauses Savoyen zerfallen soll. (!) Der Papst behielte das, was er augenblicklich noch hat, müßte aber darauf eingehen, daß das italienische Parlament in Rom seine Sitzungen halte. Es ist dies eine Lösung, welche Niemandem befriedigt, weder die Italiener, noch den Papst, weder die Legitimisten noch die Mazzinisten, und sie ist auch wohl, von Seiten des Verfassers selbst, nicht ernstlich gemeint, sondern nur zur momentanen Verhüllung der sich eben gestaltenden Thatsachen vorgeschoben.

Man schreibt dem „Ami de la Religion“ aus Rom vom 9. März, daß aus guter Quelle versichert wird, die französische Occupations-Armee werde um 7000 Mann vermehrt. Dem „Pungolo“ wird gemeldet: „Während uns die „Armonia“ verkündet, daß die französische Garnison in Rom auf dem Punkte steht, abzuziehen zu werden, melden uns andere clericale Blätter, daß sich die französischen Truppen in Civita-Vecchia concentriren und daselbst furchtbare Befestigungswerke aufzuführen.“

Die moldau-walachische und die serbische Regierung, welche beide die Absicht hatten, diplomatische Vertreter nach Turin zu senden, sind davon in Folge des Widerstandes der Pforte wieder abgekommen.

In Petersburg wurde am 17. März das Manifest in Betreff der Freiheit der Bauern veröffentlicht; es ist vom 19. Februar alten Styls datirt und enthält beiläufig folgende Punkte: Die Gutsbesitzer bewahren das Eigenthumsrecht des Landes, überlassen aber den Bauern die Bauerneigebnisse mit einem neuerdings gesetzlich bestimmten Lande zur fortwährenden Nutzung gegen Leistung der von ihnen zu zahlenden Steuern. In diesem Uebergangsperiode bildenden Zustände heißen die Bauern Verpflichtete. Den Bauern ist das Recht gestattet, Schiffe auszukaufen und mit Zustimmung der Gutsbesitzer Ländereien zu erwerben. In diesem Falle sind die Bauern freie Landbesitzer. Die neue Ordnung ist binnen zwei Jahren überall durchzuführen. Bis dahin bleiben die Bauern im Zustande ihrer früheren Abhängigkeit vom Gutsbesitzer.

Die „Dsd. Post“ erwartet, daß die Ereignisse in Warschau bedeutende Frontveränderungen in den europäischen Allianzen zu Folge haben werden, doch müsse man auch von den Tullerien dessen gegenwärtig sein, daß sie durch einen kühnen Streich die neuen Gruppierungen der Mächte zu hindern suchen werden.

Wie telegraphisch gemeldet wird, hat die portugiesische Regierung den Cortes erklärt, sie werde die Desamortisirung der Kirchengüter ohne die Genehmigung Roms vornehmen.

In der Kofatnoten-Angelegenheit ist eine Angabe des „Observer“ zu berichtigen, die in die meisten eng-

lischen und auch in viele deutsche Zeitungen übergegangen ist. Er hatte gemeldet, daß die österreichische Gesandtschaft, die Stellvertreterin des Kaisers, als Garant für die Deckung der etwaigen Projektkosten 100 Pfd. St. deponirt habe. Statt 100 Pfd. St. wurden 1500 Pf. St. hinterlegt.

Laus Bericht aus Constantinopel vom 9. März hatte der Dampfer Banshee sich nach Galatz begeben, um daselbst die mit Beschlag belegten piemontesischen Waffen an Bord zu nehmen. Dieselben sollten vorläufig in englischem Besitz bleiben.

Der „New-York Herald“ schreibt mit Bezug auf die Friedens-Conferenz zu Washington: „Alle Hoffnung auf einen friedlichen Vergleich ist verschwunden.“

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 17. März. In der vorgestrigen Sitzung der mathematisch-naturwissenschaftlichen Klasse der kaiserlichen Academie verlas der Secretär eine Zuschrift des Staatsministers von Schmerling vom 12. März, wonach es dem Staatsminister, der, wie bereits bekannt, zum Kurator-Stellvertreter ernannt wurde, zur besonderen Ehre und Auszeichnung gereicht, an Seite Sr. kais. Hoheit des Erzherzogs Rainer und an der Spitze der ersten wissenschaftlichen Anstalt des Reiches, welche einen so erfreulichen Aufschwung erhielt und ihre Aufgabe in so glänzender Weise zu lösen verstand, für die Interessen der Wissenschaft wirken zu können. Der Präsident Freiherr v. Baumgartner machte hierauf die Mittheilung, daß bereits eine Deputation der Akademie sich sowohl bei Sr. kaiserlichen Hoheit als dem Staatsminister vorgestellt habe und auf das Wohlwollendste empfangen wurde.

Aus Anlaß der Verleihung der Verfassung hat der Gemeindevorstand von Schlackenau (Böhmen) dem Herrn Staatsminister Ritter v. Schmerling das Ehrenbürgerrecht der Stadt Schlackenau votirt und das betreffende Diplom am 6. d. M. nach Wien abgesendet. Von dem deutschen Comité in Böhmen ist St. Excellenz der Staatsminister von Schmerling als Candidat für Reichenberg vorgeschlagen worden.

Der preussische Gesandte Herr Baron v. Werther wird am Montag von Berlin hier erwartet.

Das Finanzministerium hat im Hinblick auf die Nothwendigkeit, die in Ungarn disponibel gewordenen Beamten, Notare und Advokaten nichtungarischer Nation bald anderweitig unterzubringen, dem Justizministerium den Vorschlag gemacht, eine Vermehrung von Advokatenstellen baldigt eintreten zu lassen. Hierüber ist vor wenigen Tagen folgende Note ergangen: „Wenngleich das Justizministerium nach dem für das Institut der Advokaten dormalen geltenden System an die vormalig bestandene Festsetzung einer bestimmten Zahl von Advokaten nicht gebunden ist, so kann denn doch mit der Vermehrung der bestehenden Advokatenstellen oder mit der Errichtung neuer Advokatenstellen für Orte, wo derzeit keine solchen bestehen, nicht nach bloßem Belieben maßlos vorgegangen werden, weil die Verleihung von Advokatenstellen dem wahren Bedürfnisse entsprechen soll.“ Von diesem Gesichtspunkte aus-

Fenilleton.

Der Landsknecht.

Der älteste von drei Söhnen des Herrführers in der Leipziger Völkerschlacht ist als „Landsknecht“ oder „Banzknecht“, wie er sich selber schreibt, vielfach in der Literatur genannt, obschon, was er aus seinen Tagebüchern drucken ließ, bis jetzt nur für den Kreis seiner Freunde bestimmt war. Von seinen Schilderungen im Heerlager des Don Carlos, von seinen geschichtlichen Skizzen aus England, von seinen Zügen aus dem Volkleben Ungarns und schließlich von seinen Jagd- und Kriegerleben in Tirol haben das Prager Taschenbuch „Lubus“ und andere Blätter in älterer und neuerer Zeit wiederholt Scenen und Bruchstücke gebracht, so daß es angemessen scheint, ein Gesamtbild des eigenthümlichen ritterlichen Mannes zu liefern, der sich selbst gern, in seiner Opposition gegen die abstracte, principielle, staatliche Gleichmächerei der Zeit, einen der letzten Abentheurer nennt, dessen Bekenntnisse und Schilderungen den Werth gewöhnlicher Journaleure nicht um vieles schon deshalb übersteigen, weil deren Verfasser in und mit dem Volke gelebt, wenn er sich auch mit Herz und Seele zu dem Bruchtheil einer, wie ihm scheint, untergeordneten Partei bekannnt. Wenn ein-

Rothehaut Memoiren schrieb, so würden uns diese wichtiger sein müssen als schulmäßige Ansichten nach der Schablone der modernen, alle naturwüchsiges Characterkraft nivellirenden Doctrinen; um wieviel mehr, wenn es sich, wie hier, um die letzte Willensmeinung eines untergehenden Stammes und Standes, um die Weichte eines wirklich letzten Ritters handelt. Die Schilderungen und Bekenntnisse des „Landsknechts“, ungesuchte Erzeugnisse von Selbsterlebnissen, sind jederzeit aus dem Schooße bestimmter Lebensstellung und entschiedener Parteinahme im Streit der Dinge geflossen, so daß ihre Kenntnissnahme nicht auf anders möglich wird, als durch einen Hinblick auf die persönliche Entwicklung des Fürsten Friedrich Schwarzenberg. — Derselbe wurde den 30. September 1800 in der Nähe von Preßburg auf ungarischem Boden geboren, in Wien selbst aber getauft, wo sein Vater zur Zeit als Divisionsgeneral sein Standquartier hatte. Bei des Feldmarschalls häufiger Abwesenheit von seiner Familie wurde die Erziehung des Knaben Friedrich wie die seiner zwei jüngeren Brüder, Carl und Edmund, von der Mutter Maria Anna, geb. Gräfin Hohensfeld, verwitweten Fürstin Esterhazy, geleitet. In blühender Jugend Witwe geworden, hatte die eigenthümliche Frau ihr großes Erbtheil der Familie ihres ersten Gatten freiwillig abgetreten, weil dies Eheband kein Herzensbündniß gewesen. Ein solches war um so mehr ihre zweite Vermählung, und die Herausgabe ihres Briefwechsels mit

dem Feldmarschall würde die Welt mit einem höchst männlichen Geiste in weiblicher Hülle bekannt machen, der sich an den Feldzugsplänen des Gatten lebhaft betheiligte, in der späteren Friedensruhe sogar nicht verschmähte, die Probleme der Philosophen, selbst Hegels, zu verfolgen. Sie theilte nie die ultrakirchlichen Richtungen, die in Wien, auch wohl in den Kreisen der nächsten Familie übergriffen. Die Erzieher ihrer Söhne waren, der Richtung nach, eher Freimaurer als Hierarchen; doch endete der eine derselben, ein ehemaliger Wallonensoldat, La Grange, später als Mönch in einem irländischen Kloster. Von ihm datirt in Fürst Friedrichs Erziehung der französische Einfluß, während er in Borkl, der alten Hufstedenburg das Böhmisches vielleicht früher als das Deutsche erlernte. Zwischen diesem Familiensitz der zweiten Linie des Hauses Schwarzenberg und zwischen Wien und Ungarn wechselte bis 1809 der Aufenthalt der Mutter mit den Söhnen, während der Vater als Botschafter nach Petersburg ging. Die Erinnerungen des Knaben Friedrich reichen bis in sein viertes Lebensjahr, wo er an der Hand der Mutter einen Delinquenten vom Gassenlaufen losbat. Der Anblick des von tödlicher Kugel durchlöcherter Kollers eines Dreims, der Malteser gewesen, weckte zuerst im Knaben den Wunsch, diesem Orden anzugehören und dessen alte Aufgaben wieder lebendig zu machen. Er entsagte später seinen Majoratsrechten zu Gunsten seines jetzt verstorbenen Bruders Carl und

blieb unverheiratet. Züge der Ritterlichkeit, auch im Sinne eines christlichen Ordens, hat er an der Seite desselben Bruders in Italien vielfach betheiliget, so daß Weider Auberung aus Mailand bei dem Wohlwollen, das die Lombarden ihnen schenken, nach den damaligen Regierungsmarimen sogar räthlich schien. Der Donner der Schlachten bei Aspern und Wagram trat wie eine Witterscheide in das Leben der drei Knaben; in Folge der Flucht nach Preßburg begleiteten sie die Mutter ins Feldlager, der älteste den Vater nach Paris, wo ihn der Glanz jener diplomatischen Feste umgab, deren eines seiner unglücklichen Tante Pauline, wie Barnhagens Denkwürdigkeiten es schildern, das Leben kostete. Der junge Friedrich wurde in Ublanenuniform von seinem Vater dem Kaiser Napoleon vorgestellt. Als der Feldmarschall den Befehl in Polen übernahm, begann für den ältesten Sohn in Borkl abermals eine wissenschaftliche Studienzeit. Beim Congress in Wien wurde er den fürstlichen Personen vorgestellt; 1816 trat er als Capitän in seines Vaters Reiterregiment. Zwei Jahre darauf war er Adjutant des Generals Langenau beim Beobachtungsheer an Rhein, dann Ordnungsoffizier des Erzherzogs Ferdinand d'Este in Ungarn. Nach des Vaters Tode, 1820, übertrug Fürst Friedrich dem Kaiser Alexander dessen Orden. Das nächstfolgende Jahr sah ihn in den Abruzzen und im Gefecht bei St. Germano auf dem Feldzuge Oesterreichs nach Neapel. Dann wechselte er seinen Auf-

ehend und in Erwägung, daß in Folge der in Ungarn und dessen Nebenländern eingetretenen organisirten Aenderungen eine große Zahl der dort nicht verwendbaren nicht nationalen Beamten, Notare und Advokaten anderweitig untergebracht werden soll, wurde die Einleitung getroffen, daß die Oberlandesgerichte auf Grund der gepflogenen Erhebungen, nach Einvernehmung der Advokaten resp. Notariatskammern bei anerkanntem Bedürfnisse wegen Vermehrung der bestehenden oder Errichtung von neuen Advokaten- oder Notarstellen die geeigneten Anträge stellen. . . . Di- von dem Finanzministerium zu diesem Zwecke (Unter- bringung der ungarischen Beamten) empfohlene Grei- rung überzähliger Advokatenstellen dagegen, ohne Rück- sicht darauf, ob ein solches Bedürfnis besteht oder nicht, kann als widerstreitend mit dem gegenwärtig bestehen- den System nicht gebilligt und auch deshalb nicht in Ausführung gebracht werden."

Der Justizminister Freih. v. Pratobevera hat an die Landtags-Wähler des Bezirkes Hieging ein Schreiben gerichtet, worin er die Candidatur für diesen Bezirk annimmt.

Gestern war eine Deputation des Abonyer Wahl- bezirkes hier, und bot dem Grafen Ladislaus Teleki die von ihm auch im Jahre 1848 bekleidete Deputir- tenstelle an. Der Graf hat angenommen.

In der gestrigen Sitzung der Pesther Stadt- präsentanz wurde beschlossen, damit für den Fall, daß der Landtag in Pest abgehalten werden sollte, von Seiten der Stadt nichts verkäufte werde, den Muse- umsfaal für das Unterhaus, den Lloydfaal aber für Oberhausitzungen berichten zu lassen.

Bei der Deputirten-Wahl des Tother Bezirkes am 14. d. kam es zu einem blutigen Parteikampfe. Der Anhang des Kandidaten Erl wurde schon vor Be- ginn der Wahl vom Plakate vertrieben, wobei 17 Wäh- ler verwundet worden, von denen zwei an den erhal- tenen Wunden gestorben sind. Erl ergiff, nachdem die Ruhe auf einen Moment wiederhergestellt worden war, das Wort und bat den Präses der Wahl, da die Mehrheit der Wähler vertrieben worden sei, die Wahl zu vertagen. Der Präses erklärte sich dazu nicht berechtigt, und verkündete den Gegenkandidaten Sitvay als gewählten Abgeordneten des Tother Be- zirkles.

Das Neograder Komitat erklärte in der Sitzung vom 12. das Patent vom 26. Februar als ungesetz- lich; eben so hält es den Landtag für nicht gesetzlich einberufen, beschickt denselben aber, weil die Deputirten nach dem 5. Art. 1848 gewählt werden dürfen, und versammelt, für die Herstellung des gesetzlichen Zustan- des wirksam sprechen können.

In Debreczin wurde, wie man „D. M.“ schreibt, der 15. März feierlich begangen. Alle Kaufläden waren geschlossen und das Volk drängte sich massenweise in die Kirchen. Nachmittags wogten große Volksmengen durch die Straßen.

Die Kommission des Szabolcer Komitates hat in ihrer am 14. gehaltenen Versammlung auf Antrag des Pfarrers Emerich Lomar beschlossen, alle Gene, die als ungarische Staatsbürger in den österreichischen Reichsrath treten, oder alle Wähler, die sich in die Wahl von Reichsräthen einlassen sollten — als Vaterlandsverräther zu betrachten. Dieser Beschluß, der ohne Diskussion gefaßt wurde, wird den Wählern vom zweiten Wahlpräses erklärt und zugleich sämmtlichen Jurisdiktionen mitgetheilt werden.

Wie „Sürg.“ erfährt, ist die Wiedereinverleibung der bisher zu Siebenbürgen gehörigen Partes: Kraszno, Mittel-Szolnok, Barand und der Kövárer Gegend a. h. Orts bewilligt worden.

Am 14. d. fand in Brünn eine Probewahl der großen Grundbesitzer statt. Während derselben machte Graf Wladimir Wittrowski den Vorschlag, um weit- wendige und zeitraubende Reden der Kandidaten zu vermeiden, daß jene Herren, „welche die Versammlung vom 26. Febr. 1861 als die einzige Quelle des Staatsrechtes der Völker Oesterreichs und als Grund- lage einer verfassungsmäßigen Fortbildung ohne Vor- behalt anerkennen“, dies durch Aufstehen kund geben mögen. Wie die „Brünnener Ztg.“ meldet, erhob sich sofort „ein sehr großer Theil der Versammlung“.

Wie aus Prag, 16. März, gemeldet wird, ist bisher die nationale Partei (an deren Spitze Palacky und Dr. Rieger stehen) beinahe überall die Siegerin geblieben, und es steht zu erwarten, daß auch der

Landtag das politische Programm dieser beiden Her- ren adoptiren werde.

In Udine wurde dieser Tage wieder ein Polizei- beamte in Ausübung seines Dienstes von einem sicher- heitsgefährlichen Individuum verwundet. Der Beamte, der in einem entlegenen Stadttheil wohnte, wurde in der Nacht durch einen Hilseruf geweckt. Er eilte an den Ort, woher der Ruf ertönte, und fand daselbst mehre Individuen der untern Volksklasse, die bei sei- nem Herannahen die Flucht ergriffen. Bloß einer blieb zurück und antwortete dem Beamten auf dessen Frage über den Grund des Hilserufes auf eine gröb- lich insultirende Weise. Dies bewog den Beamten, dem befragten Individuum, das ihm als Gauner be- kannt war, den Arrest zu intimiren. Letzterer versetzte auf dieses dem Beamten mit einem Messer einen Stich am Halse, worauf sich dieser genöthigt sah, sich mit seinem Degen zu verteidigen. Es entspann sich ein kurzer Kampf, in welchem beide einige Wunden davon trugen und der Angreifer es zuletzt nöthig fan-, die Flucht zu ergreifen. Der Beamte, der sechs Stich- wunden, bezieht noch Kraft genug, ihm seine Pistole, die mit starkem Schrot geladen war, nachzufeuern und ihm eine leichte Wunde beizubringen. Der Uebelthä- ter wurde durch eine inzwischen herbeigeeilte Patrouille verhaftet, die zugleich den Beamten, der durch den Blutverlust ermattet, sonst aber nicht bedenklich ver- wundet war, in seine Wohnung brachte. Es steht zu erwarten, daß die piemontesische Presse dieses Factum in ihrer Weise ausbeuten werde.

Deutschland.

Seit einigen Tagen, schreibt man der „N. S.“, aus Kassel, befindet sich hier eine Anzahl von Di- plomaten aus verschiedenen deutschen Bundesstaaten, um gemäß eines Auftrages der Bundes-Militair-Kommissi- on die Hülfsmittel und Vorrichtungen auf unsern Eisenbahnstationen und Bahnhöfen nachzusehen, welche zum Transport von Truppen, namentlich von Reiterei und Geschütz benutzt werden können. Vorzugsweise sind es die Ladestellen und Erhöhungen, die sich auf den meisten Stationen behufs des Vieh- transportes vorfinden, welche besonders angemerkt wer- den, sodann die jeder Bahnverwaltung gehörige An- zahl von Transportwagen, und die Räume zur vorübergehenden Unterbringung ankommender Truppen- theile.

Nach einer Mittheilung des württembergischen Justizministers, die derselbe auf eine diesfällige Inter- pellation am 11. d. in der Abgeordnetenversammlung machte, ist die Nürnberger Handelsgesetzkonferenz nicht eigent- lich definitiv geschlossen, sondern nur vertagt. Sie hat nämlich bloß das materielle Handelsrecht (die vier er- sten Bücher) erledigt; die beiden letzten Bücher aber, über kaufmännischen Concurs und Handelsgerichtsbar- keit, sind wegen der großen Schwierigkeiten, welche die Verschiedenheit der Particulargesetzgebungen hier ent- gegenstellen, von der Berathung ausgeschlossen geblieben. Nach der Erklärung des württembergischen Ministers werden jedoch darüber zwischen den Großstaaten wei- tere Erörterungen gepflogen werden.

Frankreich.

Paris, 15. März. Der „Moniteur“ verkündet, daß der Kaiser von 655 durch das Kriegsgericht ver- urtheilten Militär-Verurtheilten 422 begnadigt und 233 die Dauer ihrer Strafzeit abgekürzt habe. — Die Ge- richte über eine bevorstehende Auflösung des gesetzge- benden Körpers dauern fort. Graf Persigny soll dem Kaiser den Vorschlag gemacht haben, nach Annahme der Adresse und des Budgets zu dieser Maßregel zu greifen. — Die Angelegenheit des Bischofs von Poi- tiers soll erst nach Beendigung der diesmaligen Ses- sion des gesetzgebenden Körpers in dem Staatsrath verhandelt werden. — Aug. Blanqui soll mit zehn seiner Mitverhafteten in Algerien internirt werden. — Graf Germiny, der Verwalter der Mirès'schen Masse, zeigt an, daß in Folge eines zwischen dem türkischen Commissär Herrn Court, dem Director des Untercomp- toirs für Handel und Industrie, dem Präsidenten des Credit industriel et commercial und ihm selbst, als Administrator, abgeschlossenen Vertrages, die von die- ser Gesellschaft acceptirten Bratten der Pforte am Verfalltage von der Caisse Mirès eingelöst werden. Die Unterzeichner des türkischen Anleihs werden gleich- zeitig aufgefordert, für die vollständig geleisteten Zah- lungen die definitiven Darlehensscheine in Empfang zu nehmen. Herr von Cavallett soll von Constantinopel

aus auf diese Nothwendigkeit dringend hingewiesen haben, solle die Türkei nicht in äußerste Geldverlegen- heit kommen. Gestern fand endlich die erste Vorstellung des Lannhäuser von Richard Wagner statt. Obgleich kein Anhänger dieser Musik, hat die halb ironische Auf- nahme der Oper von Seiten des Publikums doch einen äußerst peinlichen Eindruck auf mich gemacht. Ein solches Resultat nach so ungeheurer Anstrengung ist jedenfalls unverdient. Der Kaiser, der etwa 10 Mi- nuten nach Anfang der Vorstellung in seine Loge trat, blieb bis zu Ende, und ich glaube, daß die Anwesen- heit des Souverains noch stärkere Manifestationen als die stattgehabten verhindert hat. Man sollte dem Mar- sch, dem Pilgercorps, der Urie Elisabeths zu Ende des ersten Aktes und mehreren anderen Stücken gebüh- renden Beifall, schlug aber bei anderen Stellen, was hier fast nie vorkommt, laute Gelächter an. Es ist indessen nicht unmöglich, daß die späteren Vorstellungen dem Verdienste des Komponisten gerechter werden. Die Ausstattung von unerhörtem Luxus soll 250,000 Franken gekostet haben.

Der Pariser Correspondent der „Pr. Z.“ schreibt: Wie im Senat die gediegenste conservative Rede die des Rechnungshofs-Präsidenten Barthe war, so war im gesetzgebenden Körper die Plichon's die beste. Man war daher gestern sogleich mit dem Gerüchte bei der Hand, daß Guizot die Rede ausgearbeitet hätte. Es ist dies eine leere Erfindung. Die Wahrheit ist, daß Plichon von allen Deputirten über die wahre Ent- wicklung der italienischen Angelegenheit, besonders was die Betheiligung Frankreichs anbelangt, mehr weiß als die meisten seiner Kollegen, und daß er mehrere Trieb- federn angedeutet hat, welche mit den in officiellen Aktenstücken dargestellten wenig übereinstimmen. Ber- nard Kolb, Keller, Flavigny, Lamoignon haben mit gleicher Einbringlichkeit, aber nicht mit gleicher Sach- kenntniß gesprochen, und ich kann daher die Rede Plichon's fast allein als die empfehlen, die historischen Werth hat. In den Massen ist der Eindruck folgen- der: Je besser und sachgetreuer die Rede ist, desto mehr wird sie bespöttelt, desto unpopulärer wird sie gefunden. Ein unerklärlicher revolutionärer In- stinkt läßt das Volk die politischen Gründe, die gegen die Einheit Italiens im Interesse Frankreichs herbei- gebracht werden, völlig überhören und man wird Herrn Plichon nie vergessen, daß er den Muth ge- habt hat zu sagen: „Oesterreich wäre doch auch eine Macht und eine Macht, die unter Umständen gegen Rußland große Dienste leisten kann. Herr Plichon, heißt es, hat eine österreichisch-toscanisch-parmesanisch-päpstlich-neapolitanische Rede gehalten, und damit ist er verurtheilt. So ist denn auch gar keine Frage, daß diese Discussion den Kaiser bei den Massen noch weit populärer machen wird.“

An Herrn Keller, schreibt der Pariser — Corr. der „N. S.“, hat die katholische Partei nicht bloß einen tapferen Wortkämpfer, sondern auch ein rednerisches Talent, welches eines Tages dem Grafen Montalembert gleichkommen wird, den der junge Deputirte sich offenbar zum Vorbilde genommen hat. Eine bessere Wahl in dieser Beziehung konnte er nicht treffen, und daß seine Kräfte diesem würdigen Ehrgeize entsprechen und denselben rechtfertigen, hat er in seiner gestrigen Rede bewiesen, welche selbst diejenigen forttrieb, deren pflichtschuldige Hingebung an die Regierung nicht im Entferntesten in Zweifel gezogen werden kann. Sogar die officiösen Blätter, denen es doch sonst auf eine hand U Noten nicht ankommt, wagen es doch nicht, die große Gemandtheit und das ungewöhnliche Redner- talent abzulugnen, und sie entschädigen sich für die Pein dieses Eingeständnisses der Wahrheit durch grobe Ausfälle gegen die Argumentation und die Angaben des Redners und durch die unwahre Behauptung, daß es dem Minister Billault gelungen sei, den Eindruck zu vernichten, den Herr Keller hervorgebracht hatte. Als Keller sagte, daß der italienische Feldzug und die ganze darauf folgende Politik in der That nichts an- deres als die Vollstreckung des Testaments Orsini's sei, da sprach er aus, was Viele schon längst gedacht, und was die ausländischen Blätter aller Zungen und aller Farben schon längst gesagt haben. (Keller war als Kandidat der Regierung im Elsaß gewählt worden). Gestern wurde im gesetzgebenden Körper die Berathung der einzelnen Absätze der Adresse eröffnet, und zwar zunächst das Amendement vorgelegt, welches die demokratische Opposition in den Personen der Herren

Fabre, Darimon, Picard, Henon und Olivier beantragt hat. Dasselbe lautet: Damit das den Vertretern des Landes wieder zugestandene Aufsichtsrecht in den engen Grenzen des letzten Dekrets seine Früchte tragen könne, ist es nothwendig: daß allgemeine Sicherheits- Gesetz und alle anderen Ausnahmegesetze aufzuheben, die Presse von der Willkür-Herrschaft zu befreien, die Municipalgewalt wieder zu beleben und dem allge- meinen Stimmrecht durch ehrliches Wahlverfahren und durch Befestigung seine Kraft wiederzugeben.

Spanien.

Die Madrider „Correspondencia“ verkündet, daß die Regierung beschlossen habe, den Congreß nicht auf- zulösen. Am 13. fand die Einweihung der Eisenbahn- Linie von Sevilla nach Cadix statt. Glänzende Feste wurden bei dieser Gelegenheit veranstaltet. In der Sitzung der Abgeordneten-Kammer am 9. d. Mts. er- klärte der Präsident des Ministerrathes, daß die von Herrn Drogaga vorgelesene Behauptung: der Wilschaf- ter Spaniens habe dem Könige Franz II. zum Kriege gerathen, falsch sei. Als Beweis führt der Präsident an, daß man nicht sagen könne, der spanische Gesandte habe dem König mehr gerathen, als alle übrigen Re- präsentanten der verschiedenen Mächte.

Portugal.

Die „Epoca“ vom 11. d. meldet, daß nach einer Depesche aus Lissabon daselbst ernste Ruhestörungen und heftige Kundgebungen statt gefunden haben. Der Grund davon scheint einerseits die schlechte Bezahlung gewisser Arbeiterklassen und andererseits das Trachten nach einem Wechsel in der Politik zu sein. Ein Hause von ungefähr 4000 Menschen ließ den Marquis von Loulé, einen Verwandten des Königs, welcher mehr- mals Präsident des Ministerrathes war, hoch leben und marschirte hierauf bis Coimbra, um Saldanha eine Ovation zu bringen. Man glaubt nicht, daß die Re- gierung sich noch lange halten werde, und betrachtet die Bildung eines Ministeriums Saldanha als bevor- stehend.

Großbritannien.

In der Sitzung des Unterhauses vom 15. d. er- wieserte Lord J. Russell auf eine desfallsige Inter- pellation Mr. Duncombe's, daß der Englischen Flotte niemals Instruktionen erteilt worden seien zu inter- veniren, falls eine Expedition Italien verlassen sollte, um Dalmatien (das Oesterreichische Küstenland) anzu- greifen.

Als Anwalt von Day und Sons und Kossuth ge- gen den Kaiser von Oesterreich soll Mr. Collier, Un- terhausmitglied für Plymouth, ein Advocat von Ruf, gewonnen sein. Drei andere Unterhausmitglieder, James, Coningham und Stansfeld, fordern gemeinschaft- lich mit Prof. Newman zu einer Geldsammlung auf, um Herrn Kossuth die Führung des kostspieligen Pro- cesses möglich zu machen. Die meisten englischen Ju- risten zweifeln übrigens, daß sich des Letzteren Sache vom streng legalen Standpunkte aus vertreten lasse.

Italien.

Nach Turiner Berichten der „N. S.“ sind die Un- terhandlungen zwischen Rom und Sardinien auf dem besten Wege, und man hegt dort jetzt wirklich Hoffnungen auf eine Versöhnung. Als Grundlage der diesfälligen Unterhandlungen soll die völlige Trennung der geistlichen von der weltlichen Gewalt und eine Ausdehnung der ersteren (?) dienen. Frankreich wäre natürlich mit einer solchen Combination einverstanden, könnte sich aber seinerseits zu keinem Zugeständnisse herbeilassen, das mit dem Concordate in Widerspruche stände. Prinz Napoleon hat an den König geschrieben, er müsse seine Reise nach Italien vertagen, da der Kaiser befürchte, die für ihn (den Prinzen) bereiteten Ovationen könnten Mißdeutungen hervorrufen; Na- poleon III. müßte jetzt sehr auf seiner Hut sein, da die Ultramontanen Frankreichs noch mißtrauischer seien, als der Papst selber. — Man versichert auf's Neue, daß Graf Cavour fest entschlossen sei, das Portefeuille der auswärtigen Angelegenheiten abzugeben. „Ich mag meine Zeit nicht in unnützen Gesprächen mit den Her- ren Diplomaten verlieren!“ soll er gefagt haben; „es ist viel zu thun für Italien, und die Finanz-Angele- genheiten bedürfen unserer ganz besonderen Aufmerk- samkeit.“ Man spricht von Minghetti als Minister der auswärtigen Angelegenheiten; ich wiederhole Ihnen aber, was ich schon früher gefagt habe, für Cavour

halt zwischen Italien, Ungarn und Galizien, sowie die Waffengattungen: als Husar erhielt er in kleinen Garnisonen vielfach Gelegenheit, das Leben des Volks in den Pustken kennen zu lernen, bis er, im Regiment Hohenzollern-Chevauliers zum Oberstwachmeister be- fördert, das Malteserkreuz anlegte. Sein ritterlicher Sinn dürstete nach Kriegszügen und Abenteuern. Frankreichs Unternehmung gegen Algier verlockte ihn zur Theilnahme. Er ging über Paris und Boulogne nach Africa und machte den Feldzug mit, theils als Freiwilliger im 38. französischen Linienregiment, theils im Gefolge Marshall Bourmonts, der ihn auf dem Schlachtfelde mit dem Ehrenlegionskreuze seines neben ihm gefallenen Adjutanten schmückte. Es war nach dem sicilischen Mittelkreuz della reunion nicht der erste ausländische Orden, den er erhielt, aber es war der erste freiwillig unternommene romantische Feldzug des Landesknechts, der ihn praktisch fremde Waffengattun- gen und Kriegsweise kennen lehrte. Nach seinem, ge- ne die nivellirenden Abstractionen der Neuzeit gerichteten Glaubensbekenntniß hätte er freilich eher auf Seiten des Dei von Algier stehen müssen; allein der Malteser in ihm stellte sich den Ungläubigen gegen- über, ob schon Frankreichs kriegerische Glorie sich nur sehr gleichnishaft christliche Mission beimaß. Der letzte Dei von Algier sagte beim Abschied von der Kasaba zum Landesknecht: „Malteser, Du bist der erste Sol- daten-Deinwirth der Christen, der diese Räume lebend

und frei betritt, ich der letzte Muselman, der sie ver- läßt. Sind wir Beide die Letzten in diesem Kampfe, so geschehe Gottes Wille, Mach Allah, Gott ist groß!“ — Die erhaltenen Wunden, der Aufenthalt im Lazareth von Toulon, Paris, zu London und Wien gaben dem Fürsten Muße, 1834 seine „Rück- blicke auf den Feldzug von Algier“ als Andenken für seine Waffenbrüder am Atlas zu schreiben und heraus- zugeben. Es folgten dann für ihn Reisen nach Grie- chenland, Constantinopel, einem Theile Kleinasiens, wo er unter den Kurden lebte, und zurück über Adria- nopel, Siebenbürgen, Bukarest und Pesth. 1837 über- gab er seinen Freunden den Ertrag dieser Streifzüge in den zwei Bänden seiner „Fragmente aus dem La- gebuche während einer Reise in der Levante.“ Der Untergang des alttürkischen Lebens erhielt an ihm einen getreuen Beobachter und Augenzeugen. Der Frühling des nächsten Jahres sah ihn im Heerlager des Don Carlos, nicht sowohl an dessen Hofe, den er mehr als eine romantische Parodie eines Hoflagers schilderte, als unter den Guerillas, die ein altes absterbendes roman- tisches Volksthum gegen die abstracten Paragraphen moderner Franzisirungsversuche mit dem letzten Fanatismus nationaler und religiöser Begeisterung zu ver- setzten schienen. Die Ermordung der greisen Mutter Cabrera's ließ den Landesknecht zum Edelkrieger. Als Oberst in Maroto's Heerhaufen und mit dem Cura Merino machte er einen Streifzug nach Castilien,

einen andern gegen die Reste der englischen Legion, war eine Zeitlang beim carlistischen Generalstab, wurde unter der navarresischen Reiterei verwundet und schließ- lich beauftragt, aus den Ueberläufern der Fremdenle- gion ein Bataillon zu bilden und zu führen. Verwundet und gefangen, wurde er nach Bordeaux internirt. Nach seiner Genesung entthob ihn Maroto's Verrath und Don Carlos' Uebertritt auf französische Boden seiner Betheili- gung an einer Sache, die die Geschichte verworfen hat, bei der er aber alten Volkstheorien und der Partei des Schwächern seinen Degen geliehen. Ein alter Wall- fahrtsort bei Pressburg in Ungarn, ein ehemaliges, von Kaiser Joseph aufgehobenes Pauliner Kloster, Mariathal, ward seitdem ein Rubelstüb des romantischen Ritters und er schrieb dort vier Bände: „Aus dem Wanderbuche eines verabschiedeten Vanzknechts“, 1844 und 1845. Es begannen jedoch bald die Vorspiele eines allgemeinen Umsturzes in Europa. Die Kunde von der in Galizien ausgebrochenen Revolution rief den Fürsten mitten aus den Wiener Carnevalsfreunden 1846 dorthin, wo Erzherzog Ferdinand, sein Freund und Befehlshaber, in Gefahr war. Er wurde Zeuge der Bauerngewalt gegen die Edelute; als Oberst seines Husarenregiments steuerte er vielfach dem miß- leiteten Fanatismus des galizischen Bauernkrieges. Der Sonderbund der katholischen Urkantone rief ihn im Jahre 1847 von neuem an den Herd einer letzten, ausjuckenden Flamme und Begeisterung für alles,

individuelles Volksrecht, das sich gegen die Gleichheit und Freiheit des Liberalismus sträubt. Der Land- knecht hatte in der Schweiz keine andere Absicht, als die Unabhängigkeit der kleinen Waldkantone gegen die gewaltthätige Centralisationsrichtung der Radikalen zu verteidigen, für sich keinen andern Ehrgeiz, als auf dem Schlachtfelde eines zweiten Sempach oder Moorgarten sich das Bürgerrecht von Luzern, Uri, Schwyz oder Unterwalden zu erwerben, das ihn mehr als fürstliche Orden lockte. „Als Aabyerg — schrieb der Landesknecht — in der Landsgemeinde zu Schwyz ausrief: Brüder, wir sind unserer Wenige, aber dort steigt sie noch hell und glänzend empor, die Sonne von Moorgarten! — als in Uri das Banner entrollt wurde, das bei Näfäls und Granson geweht, da riß es auch mich hin und mit. Der Himmel und Lord Palmerston wollten es anders und jetzt stempelt mich der Ausgang vom Don Quixote!“ Wolfgang Menzel in seiner Geschichte der letzten zehn Jahre wirft dem Landesknecht vor, seine Ablehnung des ihm angetragenen Oberbefehls habe entmuthigend auf die Sache der Urkantone gewirkt. Diese Ableh- nung geschah aber im Gefühl, als Fremder nicht an die Spitze treten zu können. Mit Rath und That stand der Landesknecht den Parteifreunden zur Seite. Beim Ueberfall gegen die Tessiner bei Airolo war er Adjutant des General Salis, mit dem Fall Freiburgs und der Niederlage bei Luzern vereitelte sich sein

gibt es keinen andern Candidaten als Nigra. — Der Ordonnanz-Offizier des Königs Graf Sigala geht heute nach Paris, um daselbst Pferde für den König einzukaufen. Derselbe ist zugleich Ueberbringer eines eigenhändigen Schreibens von Victor Emanuel an den Kaiser Napoleon III. — General Lamarmora will den Kriegsminister wegen mehrerer von ihm eingeführten Neuerungen interpelliren.

In der Sitzung der Deputirtenkammer zu Turin vom 14. März wurde das Gesetz über den neuen Titel des Königs und die Constituierung des Königreichs Italien einstimmig angenommen. Die Discussion war nur durch einen Oppositionsversuch Brofferio's bemerkenswerth, der es dem Ministerium zum Vorwurf machte, diesen Gesetzesentwurf eingebracht und den Vertretern des Volkes in dieser Art die Initiative weggenommen haben. Graf Cavour antwortete, die Regierung habe die Initiative dieses Gesetzes ergriffen, weil sie auch die Initiative der Eröffnung Italiens ergriffen habe. Diese Thatsache sei von einer großen Kühnheit, Italien freilich werde derselben einstimmig anhängen, aber im Auslande werde sie bekämpft werden. Zum Beweis erinnert er an die Discussionen, die seit in verschiedenen Ländern stattfinden.

Aus Genua, 6. März, wird der „Triefi. Stg.“ geschrieben: Bei der Polizeidirection in Neapel meldeten sich 50 ehemalige Garibaldische Officiere als Arrestanten und baten, man möchte sie verhaften. Als Grund gaben sie an, daß sie dann wenigstens vom Hungertode gesichert seien.

Die „Unita Italiana“ veröffentlicht folgenden Brief des Prinzen Napoleon, welchen derselbe an einen seiner intimen Freunde geschrieben hat: Paris, 9. März 1861. In dem ich mich von der Höhe der Tribune des französischen Senats herab zum warmen Verteidiger der italienischen Sache mache, habe ich dem Einflusse meiner großen Sympathie für Ihr Land und meiner aufrichtigen Ueberzeugung nachgegeben. Die Interessen Frankreichs und Italiens sind gemeinschaftlich; es sind dies die Interessen der Civilisation und der Freiheit. Ich wünsche recht sehr, daß Ihre Sache ohne Verzug triumphiren möge, weil ich die Ueberzeugung habe, daß dieser Triumph nicht zögern wird, Ihr Land mit dem meinigen durch die intimsten Bande zu verbinden. Genehmigen Sie u. Terome Napoleon.

Rußland.

Die „Hamb. Börsen.“ enthält folgende Mittheilungen über die Bauernfrage im Königreich Polen: Die Leibeigenschaft des polnischen Bauers hat schon im J. 1793 aufgehört. Im J. 1831 wurde von dem Grafen Soltyk der Antrag auf Bodenerteilung als Eigenthum an die Bauer gestellt. Die Motion scheiterte an dem Bedenken derjenigen Gutsbesitzer, welche in Landschaften mit dünngefäeter Bevölkerung Landgüter besaßen. Die Unkunde damaliger Bericht-erflatter verbreitete den Irrthum, als habe der Adel die Leibeigenschaft nicht aufheben wollen. Indessen blieb der Bauer frei, wie er war, obwohl ohne gesichertes Eigenthum. Für das Gehöft, Ackerland u. auf dem er saß, ließ der Bauerwirth dem Gutsbesitzer die ausübenden Hand- und Spanndienste durch Knecht und Magd unter dem Namen „Pańszczyzna“ (Herrendienst) leisten. Die Umwandlung dieser Naturalleistungen in Zins von dem in Erbpacht dem Bauerwirth gegebenen Boden betrieb die Regierung auf den Staatsdomänen seit 1831. Als General Krull 1855 das Regiment zur Regulirung der bäuerlichen Verhältnisse auch für Privat-Gutsbesitzer als Basis zu freiwilligen Abmachungen in dieser Beziehung entwarf, wünschte die Mehrheit der Gutsbesitzer, es möchte gleichzeitig die Zinsbarmachung als obligatorisch und die Ablösung des Zinses als facultativ festgestellt werden. Die Regierung ging darauf nicht ein. Sie blieb vielmehr bei der Umwandlung des Bauern in einen zinszahlenden Erbpächter stehen. Die öffentliche Meinung drang inzwischen darauf, der Bauer solle mit Hilfe der Boden-Credit-Institute durch Ablösung des Zinses zum Besitzer des gepachteten Grundes und Bodens gemacht werden. Demnach stellte das Comité des landwirthschaftlichen Vereins in der (diesjährigen) General-Versammlung folgende Beschlüsse zur Annahme: 1) Der Centralverein erkennt Beschleunigung der Zinsbarmachung für ein Bedürfnis des Landes, und 2) die freiwillige Uebereinkunft sei so lange die angemessenste Grundlage zur Regulirung der bäuerlichen Verhältnisse, bis alle Mittel im

Bereiche derselben erschöpft sind, deren Auffindung als Pflicht jedes Gutsbesizers angefohren wird. 3) Drückt der Verein den Wunsch aus, durch besonders zu erörternde Creditoperationen zum Zweck der Zinsablösung nach erfolgter Zinsbarmachung, solle der Bauer Eigenthümer des ihm in Zinspacht überlassenen Bodens werden. 4) Endlich soll die Bildung eines Gemeindefonds fest und definitiv mit der Ablösung verbunden werden. — Gegen diese Anträge des Comité's erhob sich eine kleine Minderheit, welche ebenfalls Zinsbarmachung wünschte und der Ablösung nicht entgegen war, jedoch behauptete, man müsse erst die eine dieser Handlungen, die ihrer Natur nach schwierig seien, vornehmen und nach Befestigung des Zinsverhältnisses die Ablösung des Zinses für diejenigen Theile erleichtern, deren gemeinsames Interesse des erheischen würde, um so mehr, da nach dem (in Polen noch maßgebenden) Code Napoleon jeder emphyteutische Zins ablösbar ist. Man steht hieraus, daß die Minderheit im Sinne der Anträge des Comité's und des Reglements der Regierung von 1858 mit einer halben Maßregel vorgehen wollte. Dagegen hat nun die überwiegende Mehrheit die daraus entstehende abermalige Verschleppung nicht nur getadelt, sondern sie ging weiter, indem sie zu dem Beschluß des Comité's folgende Amendements stellte: 1) Durch das Mitglied Hrn. Starzyński: die Operation der Zinsbarmachung solle sofort mit der Ablösung verbunden werden, oder vielmehr der Bauer solle Grundeigenthümer werden. 2) Durch das Mitglied Hrn. Jazłowski: im Comitébeschlusse ad 3 solle statt des Wortes „Operation“ „Institut“ eingeschaltet werden, und der Verein solle sofort eine Commission beauftragt werden, die den Entwurf zu einem solchen Institut niederlegen. 3) Durch das Mitglied Graf Potocki: das den Zins repräsentirende Capital solle so berechnet werden, als trüge es 6 pCt. Zinsen, d. h. mit anderen Worten 1/3 des Capitals solle den Bauern geschenkt werden. Alle diese Amendements sind vom Verein angenommen worden und die Versammlung erhob hierauf zum Beschluß, es solle den Bauern gleichzeitig mit der Zinsbarmachung die Möglichkeit geboten werden, den Zins nicht nur abzulösen, sondern es solle das zu amortisirende Capital nicht nach dem Verhältniß von 5 pCt., sondern von 6 pCt. berechnet werden. Es wird diesen Mittheilungen noch hinzugefügt, daß am 26. Februar, also am Tage nach dem ersten Conflict in Warschau, der Kaiser ein Telegramm von St. Petersburg an den landwirthschaftlichen Verein habe gelangen lassen, durch welches Sr. Majestät dem Verein für die gefaßten Beschlüsse in der Bauernangelegenheit seinen Dank ausspreche.

Daß die Warschauer Februar-Krawalle keineswegs ein Werk des Zufalls oder wie man Anfangs glauben machen wollte, der Provocation der Polize-Agenten, sondern das Ergebnis gemeinsamer Verabredungen der Agitations-Partei gewesen sind, dürfte aus folgendem hervorgehen, was der „Dziennik pol.“ Nr. 43 schon am 20. Febr. schrieb. Dies polnische Blatt sagte damals: „Seit einiger Zeit circuliren im ganzen Königreich Polen anonyme Briefe, die mit der gewöhnlichen Post versandt werden und die Aufforderung enthalten, daß Alles, was lebt, zum 21. Februar (dem Tage der Eröffnung der General-Versammlung des landwirthschaftlichen Vereins) sich in Warschau versammle um dort mit Ruhe und übrigens in völliger Ordnung, aber mit der ganzen Macht, welche die allgemeine Meinung besitzt, man weiß nicht, ob Bittschrift oder Forderung oder ein Manifest abzufassen und zu unterzeichnen, in welchem das seit einem Jahrhunderte der Nation zugesagte Unrecht auseinandergesetzt und Restitution von der Regierung verlangt wird. Wir wissen nicht, ob wir den wesentlichen Gedanken der beabsichtigten Manifest-Demonstration treu wiederzugeben haben; aber so viel ist gewiß, daß es nicht die geringste Indiscretion ist, von der Absicht oder Fabel zu sprechen, da Alle, Polen wie Russen, davon sprechen. Uebrigens scheint die Sache selbst Glauben, Zustimmung, sogar die thätigste Mitwirkung bei den angesehensten Männern zu finden; von wem sie ausgegangen ist, vermögen wir auch nicht annäherungsweise zu sagen. Doch das ist noch nicht Alles! Ein anderes, noch weit fabelhafteres Gerücht läuft seit einigen Wochen in Warschau um und, was noch merkwürdiger ist, scheint von Allen für Ernst genommen zu werden. Man erzählt sich und das fast öffentlich,

Plan zur Organisirung des Volkskriegs; über die Schneewände der Furca entging Fürst Schwarzenberg des Schlingen der Tessiner nach Mailand. Eine vertrauliche Sendung den Grafen Fiquelmont führte ihn nach Wien, wo die Revolution in voll er Blüthe stand. Während die Fimtenfugeln der Luftständer in die Fenster des Hauses schlugen, drückte er der sterbenden Mutter die Augen zu. Er schöpft und fränk, überwältigt vom Umsturz aller Säulen des Lebens, hörte er doch auf den Ruf Tirols, wo ihn Erzherzog Johann als „alten Guerilla“ mit Freuden begrüßte, und wo er mit der Ueberzeugung: „Wenn Alles wankt, diese Berge und diese Männer wanken nicht!“ zur Landesverteidigung wider die Wälchen als einfacher Schütze zum Stuhngriff und in den Maitagen 1848 dem Kampfe um die deutsche Grenze einen kräftigen Impuls gab. Nach dem siegreichen Vordringen des kaiserlichen Heeres unter Radetzky in der Lombardie stand er dem General Schönhaus zur Seite; den Feldzug des Jahres 1840 machte er im dritten Herghausen als Ordonnanzoffizier bei Raab und Comorn mit, bis er mit seinem Bruder Karl und dem vierten Armeecorps nach Morarberg marschirte und diesem bei dessen Statthaltertschaft in Mailand ad latus zugesellt wurde. Verdienstkreuz, eiserne Krone und Generalrang lohnten seinen Eifer, aber die Zielpunkte seines Bestrebens, Deutschen und Wälchen nach der Natur

ihrer Sitten- und Charaktereigenschaften gerecht zu werden, wurden mit der Abberufung des Bruders nach Galizien beseitigt. Im letzten verunglückten italienischen Feldzuge Desferre's hatte er darauf angetragen, ein wirkliches, nicht bloß sogenanntes Freicorps nach Art der Guerillas, aus allen drei Waffengattungen zusammenzusetzen, zu errichten und zu führen. Seit er erlebt Felix Schwarzenberg in Worlik als böhmischer und in Mariathal als ungarischer Grundbesitzer eine abermals neue Wendung der Dinge in den Habsburgischen Erblanden. An Schriften für seine Freunde gab er seit 1848 noch heraus: „Aus den Papieren eines verabschiedeten Lancknechts“, ein Supplement zum Wanderbuche; 1850: „Antidiluvianische Fibiubuschnigel von 1842—47“, in 5 Hefen; 1859: „Jagdauflüge“. Macht ihn in all diesen Büchern der ritterliche Schwung zum Mann seines Standes, so ergibt er sich mit seinem Naturfönn ungesucht zugleich als Mann des Volkes. Nach beiden Seiten hin ist die geniale Ursprünglichkeit seines Wesens eine Erscheinung von ungewöhnlicher Bedeutung.

** [Organisiren und Damen-Patrouillen.] Es gibt wohl wenige Plätze in Europa, wo die Emancipation der Frauen so sehr in's öffentliche Leben gedrungen ist, wie in Schweden. Vor nicht langer Zeit wurde in Gese eine Dame zum „Organisten“ der Stabkirche ernannt, und aus Umea erzählt man, daß die Damen aufgeführt werden, an der nächsten sogenannten Eichertheits-Patrouille Theil zu nehmen.

daß am 25. Februar, als am Jahrestage der Schlacht von Grochow, Haufen von Tausenden, unter ihnen auch sämtliche Bänke mit ihren Fahnen an der Spitze, eine ruhige Demonstration anderer Art veranstalteten, nämlich sich auf das Grodower Schlachtfeld begeben, um dort eine Andacht für die in dieser mörderischen Schlacht gefallenen Vaterlandsvertheidiger abzuhalten.“ (Wie die nachfolgenden Ereignisse bewiesen haben, ist dies Programm auf's Gota ausgeführt worden. Wenn Alles vorher so festgestellt war, so kann doch wohl von Zufall oder Provocation nicht die Rede sein.)

Amerika.

Die voraussichtliche Zusammensetzung des neuen Ministeriums ist nach der New-York Times folgende: Staatssecretär William W. Seward aus New-York; Finanzen Salmon P. Chase aus Ohio; Krieg Montgomery Blair aus Maryland; Flotte Caleb B. Smith aus Indiana; Inneres Simon Cameron aus Pennsylvania; General-Postmeister Gideon Welles aus Connecticut; Attorney-General Edward Bates aus Missouri.

Major Anderson, der in täglichem Verkehr mit dem Kriegsministerium steht, meldet, daß seine Gegner in Süd-Carolina ihre Batterien und andere Werke beinahe vollendet hatten und daß, wofern nicht der südliche Congreß einschreite, vermutlich gleich nach dem 4. März ein Angriff auf Fort Sumter erfolgen werde. Ein großer Theil Süd-Carolinas scheint den südlichen Congreß zu ignoriren, namentlich in Bezug auf militärische Operationen in Charleston, während der Gouverneur und die sogenannten Conservativen sich geneigt zeigen, sich den Beschlüssen der Behörden des südlichen Bundes zu unterwerfen. Der zu Montgomery tagende Congreß dieses Bundes hat eine Acte erlassen, welche den Präsidenten zum Abschluß einer Anleihe von 15,000,000 Dollars zu 8 pCt. ermächtigt. In Nord-Carolina halten sich bis jetzt Secessionisten und Anhänger der Union so ziemlich das Gleichgewicht.

General Twig, der das militärische Eigenthum der Vereinigten Staaten den Behörden von Texas überliefert hat, ist als Feigling und Verräther aus der Liste des Bundesheeres gestrichen worden.

Boela- und Provinzial-Nachrichten.

Krakau, 19. März. Das Bureau des Central-Wahl-Comité's ist aus dem Hause des am 15. d. verstorbenen Comiteglieders Hr. Mieczyslaw Starzyński auf der Brüder-Gasse nach dem Hotel de Saxe (2. Stock, Thüre Nr. 49) verlegt worden. Das Bureau ist täglich von 10—12 Uhr Vormittags und von 3—5 Uhr Nachmittags geöffnet.

Der „Gaz.“ bringt an der Spitze seines heutigen Blattes eine auf Grund des §. 20 des Pressgesetzes demselben von dem k. k. Staatsanwalt des hiesigen Landesgerichtes unterm 18. d. über-schickte amtliche Berichtigung: In Nr. 64 des „Gaz.“ vom 17. März heißt es in dem über die Wahlen zum Landtage handelnden Artikel, „hinwärts der Wahlen könne man sich nicht verständigen, (2) die Wahlen könnten also ausfallen, wie sie der Zufall leitet oder für welchen der Wähler die eine compacte Phalanx der Beamten stimmt, welche gewiß nicht zögern werden, dem ihnen von oben angebotenen Kandidaten ihre Stimme zu geben.“ Da diese Worte irrtliche Folgerungen zu ziehen gestatten, so erklärt der k. k. Staatsanwalt, so weit dies eine Person und die ihm untergeordneten Beamten betrifft, daß er von den höheren Behörden eine dergleichen gewisse Kandidaten zum Landtage, für welche gestimmt werden sollten, andeutende Weisung nicht erhalten.

Handels- und Börsen-Nachrichten.

Bei der am 15. d. stattgefundenen Ziehung der Fürst Balffy-Lose wurden folgende größere Treffer gezogen: Nr. 29,054 gewinnt 50,000 fl.; Nr. 27,417 gewinnt 4000 fl.; Nr. 87,054 gew. 2000 fl.; Nr. 23,399 49,037 fl. 400 fl.; Nr. 65,367 68,377 75,298 84,117 73,246 je 200 fl. Die übrigen gezogenen Nummern gewinnen je 60 fl.

Die Brüsseler Handelswelt hat augenblicklich eine Crisis zu übersehen. Mehrere der angesehensten Häuser haben ihre Zahlungen eingestellt, und man fürchtet, noch nicht am Ende dieser Unglücksfälle angelangt zu sein. Wien, 17. März. National-Anleihen zu 5% 76.70 Geld, 76.99 Waare. — Neues Anleihen 83.80 G., 84 — W. — Galizische Grundentlastungs-Obligationen zu 5%, 62.50 G., 63. — W. — Aktien der Nationalbank (pr. Stück) 723. — G., 725. — W. — der Kredit-Anstalt für Handel und Gew. zu 200 fl. österr. Währ. 163. — G., 163.10 W. — der Kaiser Ferdin. Nordbahn zu 1000 fl. österr. Währ. 2046. — W. — der Galiz.-Karlbudw.-Bahn zu 200 fl. österr. Währ. 140 (70%) Gm. 155.50 G., 156. — W. — Wechsel auf (3 Monate): Frankfurt a. M., für 100 Gulden südd. W. 125.25 G., 125.40 W. — London, für 10 Pfd. Sterling 147. — G., 147.75 W. — K. Münzputaten 6.96 G., 6.97 W. — Kronen 20.25 G., 20.28 W. — Napoleond'ors 11.80 G., 11.82 W. — Russ. Imperiale 12.06 G., 12.08 W. — Vereinsthaler 2.20 G., 2.21 W. — Silber 146.25 G., 146.50 W.

Krakauer Cours am 18. März. Silber-Rubel Agio fl. poln. 111 verl., fl. poln. 109 bez. — Poln. Banknoten für 100 fl. österr. Währung fl. poln. 322 verlangt, 314 bezahl. — Preuß. Courant für 150 fl. österr. Währ. 140er 68 1/2 verlangt, 67 1/2 bezahl. — Neues Silber für 100 fl. österr. Währ. fl. 146 verlangt, 144 bez. — Russische Imperiale fl. 12.10 verl., 11.90 bezahl. — Napoleond'ors fl. 11.85 verlangt, 11.65 bezahl. — Vollwichtige hellröthliche Dufaten fl. 6.90 verl., 6.80 bezahl. — Blauwädrige österr. Rand Dufaten fl. 7. — verl., 6.90 bezahl. — Poln. Banknotizen nebst lauf. Coup. fl. v. 99 1/2 verl., 98 1/2 bez. — Galiz. Pfandbriefe nebst lauf. Coupens in österr. Währung fl. 83 1/2 verl., 82 1/2 bez. — Galizische Pfandbriefe nebst laufenden Coupens in Cons.-Münze fl. 87.25 verlangt, 86 1/2 bez. — Grundentlastungs-Obligationen in österr. Währung zu 5% 64 1/2 verlangt, 64. — bezahl. — National-Anleihe von dem Jahre 1854 fl. österr. Währ. 76. — verlangt, 75. — bezahl. Aktien der Galiz. Ludwigsbahn, ohne Coupens und mit der Einzahlung 70% fl. österr. Währ. 158 verl., 156 bez.

Neueste Nachrichten.

Fürst Karl Tjablonski hat in einem an Se. Exc. dem H. Staatsminister Schwerling gerichteten Memorial vom 12. d. auf den Umstand hingewiesen, daß in der Landtagsordnung für Galizien ein sehr zahlreicher und wichtiger Theil der Einwohnerschaft, namentlich die Besitzer einer Leibrente, Gutspäcker, Geistliche, Fabrikanten, Industrielle, Eigenthümer und Verwalter von Bergbau- und Hüttenanstalten, einen akademischen Grad bekleidende Personen, israelitische Gutspäcker, Plenipotenten und höhere Officialen u. d. d. welche insofernt dem Staate ansehnliche

zum Theil beträchtlich höhere Abgaben als die Tabulargutsbesitzer selbst zahlen, nicht genügend berücksichtigt und, nur deshalb, weil sie nicht in der Dorf- oder Kleinstädtischen Gemeinde, sondern nahe dabei im Territorium der landtässlichen Gutsbesitzer ansässig sind, vollkommen aller politischen Rechte beraubt wurden.“ Eine diesem Uebelstande abhelfende nachträgliche Berordnung sei dringend geboten.

Auf das obige Memorial hat der Herr Staatsminister dem Fürsten in einem Schreiben vom 16. d. Mts., Nr. 1305, erwidert, daß er auf den gemachten Vorschlag, die Bewohner der nicht zum Gemeinde-Verbande gehörenden Territorien, in gleicher Weise wie die Dorf-Gemeinden zur Theilnahme an den Landtagswahlen zuzulassen, nicht eingehen könne, weil diese Gebiete zufolge der Bekanntmachung des galizischen Statthalterei-Präsidentiums vom 10. Mai 1856 und dem Erlass des Krakauer Landes-Präsidentiums vom 25. Aug. 1856, keine eigentlichen Gemeinden bilden und in den §§. 8 und 14 der Landtags-Wahl-Ordnung der Theilnahme jener Gebiete an der Wahl der Landtags-Deputirten nicht gedacht ist. Dagegen stehe es den Bewohnern der ausgeschlossenen Gebiete frei, insoweit sie das Recht haben, an den Wahlen in einer der Landes-Wahl-Klassen theilzunehmen, dieses Recht in Berücksichtigung der §§. 8 und 14 dort auszuüben, wo daselbst ihnen zusteht.

Westh, 17. März. Bei der heute stattgefundenen Wahl der Stadt Wien wurden im ersten Wahlbezirk Baron Joseph Ebrovitsch mit Acclamation, im zweiten Wahlbezirk Anton Balazy mit großer Stimmenmehrheit gegen Karl Andorffy gewählt.

Die „Breslauer Stg.“ berichtet aus Warschau: Eine Praclamation Gortschakow's warnt auf's ernstlichste vor neuen Straßendemonstrationen. Die Warnung bezieht sich auf eine beabsichtigte Frauenprocession. Muchanow ist durch Laszchynski ersetzt worden.

Die Agrarier Zeitung bringt Nachrichten von der bosnischen Grenze vom 14. d. In ganz Bosnien wurde die Postschloß durch Alarmsignale zu den Waffen gerufen. Es heißt daß die türkischen Truppen bei Gack geschlagen worden sind. Es wird angenommen, daß in Montenegro und der Hercegowien fremde Einflüsse thätig sind. Die bosnischen Rajobs verhalten sich ruhig und werden sich wohl gegenwärtig an dem bosnischen Aufstande nicht betheiligen.

Aus Italien liegen folgende Nachrichten vor.

Turin, 16. März. Die Kammer hat die Dringlichkeit einer Petition eingeräumt, welche die Regierung bittet, sich beim Kaiser Napoleon zu verwenden, damit er seine Truppen schleunigst aus Rom zurückziehe. — Nach hier eingetroffenen Nachrichten aus Neapel vom gestrigen Tage soll die Demission des Statthalteriraths angenommen worden sein.

Die „Perseveranza“ berichtet: Die in Rom für den 14. vorbereiteten piemontesischen Demonstrationen wurden von Goyon, der an jenem Tage eine große Truppenmacht entwickelte, vollkommen vereitelt. Goyon soll diesfalls eine strenge Ordre erhalten haben, wozu Napoleon durch die bestigen Angriffe des geschiedenen Königs gegen seine italienische Politik veranlaßt wurde.

Die Verhandlungen bezüglich der römischen Angelegenheiten werden lebhaft unterhalten, ebenso lebhaft ist der Depeschenverkehr zwischen Rom, Paris und Turin.

Die von Giardini commandirten Truppen haben der „Lombardia“ zufolge Marschbefehl nach Bologna erhalten, mit Ausnahme eines Infanterie-Regiments und der Brigade Bergamo, welche als Besatzung für Gasta bestimmt sind.

Die „Opinione“ vom 17. d. bespricht in einem „die Anerkennung des italienischen Reichs“ überschriebenen Artikel die Schwierigkeiten Italiens, die diplomatische Weisheit zu erlangen und von den anderen europäischen Mächten ein Interesse habe, sich der Constituierung Italiens zu widersetzen, so werde doch wahrscheinlich mancher Staat die Anerkennung verweigern. Die Regierung werde sich aber keiner abschlägigen Antwort aussetzen. Solange die Mächte nicht officiell von der Proklamirung des italienischen Reiches unterrichtet werden, können dieselben ihre Beziehungen mit Italien in der bisherigen Weise fortsetzen, was nach geschickter Mittheilung und erhaltener abschlägiger Antwort nicht mehr der Fall sein könnte. Die zur Anerkennung bereitwilligen Mächte müssen von dem Ereignisse unverweilt unterrichtet, zögernde Regierungen durch bons offices gewonnen werden; die Anerkennung jener Mächte hingegen, welche offenbar abgeneigt sind, müsse der Zeit und der öffentlichen Meinung überlassen werden.

Aus Washington wird unterm 5. d. M. berichtet, daß Lincoln's Inauguration stattgefunden hat. Er will, was die Slaverie betrifft, wo diese besteht, nicht interveniren. — Die Constitution der Union beschehe gesetzlich. Kein Staat könne sonach die Union verlassen. Er werde über der Beobachtung des Gesetzes wachen. Bundes-eigenthum verteidigen, die Steuern einziehen. Zum Blutvergießen werde er sich nur dann entschließen, wenn er dazu gezwungen werde. Die Inauguration ist ohne Ruhstörung vorübergegangen. — England will die Blockade des Südens nicht anerkennen, wenn dieselbe nicht effective durchgeführt ist.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. A. Wojet.

Verzeichniß der Angeworbenen und Abgereisten vom 17. März. Angeworbenen sind die Herrn Gutsbesitzer: Stanislaus Gr. Djarowski von Anstanz, Alexander Margz Mielopolski, Cuh. Dobietz, Stamat Dobietz, Hipolit Kolzuszki, Johann Piefarski von Polen. Wenzel Drusowski von Ciocim, Heinrich Komar von Dnrow, Leonhard Hogojski von Kenitz, Ladislaus Bielozgowski v. Tengoborze, Winzger Wyszogowski v. Wozegna, Grazm Bielozgowski von Siedle. Abgereist sind die Herrn Gutsbesitzer: Karl Djarowski, Jol. Djarowski nach Polen, Dewald Szmanowski nach Rijow, Cieslawitzgowski nach Maba.

Amtsblatt.

Nr. 2117.

Rundmachung.

(2608. 1-3) Nr. 2117.

Obwieszczenie.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit dem Allerhöchsten Patente vom 26. Februar 1861 die Einberufung des Landtages für das Königreich Galizien und Lodomerien...

Jego c. k. Apostolska Mość raczył najwyższym patentem z 26. Lutego 1861 nakazać naj-laskawiej zwołanie sejmiku krajowego dla królestwa Galicyi i Lodomerji...

In den Landgemeinden

W gminach wiejskich

Table with columns for election districts (Für den Wahlbezirk), counties (Aus den Bezirken), and polling places (Wahlort) for both rural communities and village communes.

In den Städten: Lemberg, Przemyśl, Stanisław, Tarnopol, Brody, Jarosław, Drohobycz, Sambor, Stryj und Kolomea; Krakau, Biela, Neu-Sandez, Tarnow, Rzeszow...

W miastach: Lwów, Przemyśl, Stanisławów, Tarnopol, Brody, Jarosław, Drohobycz, Sambor, Stryj i Kołomyja; Kraków, Biela, Nowy Sącz, Tarnów, Rzeszów...

Nr. 61. Vergleichsverfahren. (2583. 1-3)

J. Leib Reich in Rzeszów. In Folge des mit Beschluß des k. k. Kreis- als Handelsgerichtes Rzeszów...

Nr. 3933. Obwieszczenie.

C. K. Sad krajowy krakowski wiadomo czyni iż z powodu mianowania krakowskiego adwokata p. Doktora Mraczka...

Nr. 3708. Edict. (2605. 1-3)

Vom Tarnower k. k. Kreisgerichte wird dem unbekannt wo sich aufhaltenden Herrn Fortunat Glowacki bekannt gemacht...

Nr. 2470. Edict. (2573. 1-3)

Das Krakauer k. k. Landesgericht hat über Ansuchen der Fr. Marie Mytkos zur Herbeibringung der Summe 553 fl. 45 1/2 kr. s. W. s. N. G. die executive Feilbietung...

L. 33. Obwieszczenie (2600. 1-3)

Do panów wierzycieli firmy „Szymon Reich“ w Rzeszowie. Odnosnie do rozporządzenia tutejszego c. k. Sdu Obwodowego z dnia 7go Listopada 1860

Nr. 3933. Rundmachung. (2574. 1-3)

Das Krakauer k. k. Landesgericht gibt kund, daß Folge Ernennung des Krakauer Advokaten Dr. Mraczek zum k. k. Notar in Wien...

Händen, dann alle Gläubiger, welche nach dem 24. Jänner 1861 an die Gewähr gelangen sollten...

Nr. 2470. Obwieszczenie

C. k. Sad krajowy Krakowski na ządanie p. Maryi Mytkos celem zaspokojenia wierzytelności 553 zlr. 45 1/2 kr. w. a. z p. n. dozwoil na przymusowu licytacyu zabezpieczonej na rzecz Jozefy z hr. Szembekow Cieniskiej...

Blizsze warunki licytacyi jakotez wyciag hipoteczny w registraturze tutejszego Sdu przejrane byc moga o czem prowadzaca egzekucya Marya Mytkos, Jozefa z Szembekow Cieniska...

N. 10075. **Kundmachung.** (2589. 1-3)

Die hohe k. k. General-Direction des Grundsteuer-Katasters hat mit dem Erlasse vom 21. October 1860 Z. 60621/1392 über die von einem Mappen-Archiv gefällte Auftrage, in welcher Weise die etwa noch vorkommenden Gesuche von Privatparteien um Ausfertigung von Mappen-Copien behandelt, und nach welchem Maßstabe die hiezu verwendeten Accorarbeiten entlohnt werden sollen, bedeutet, daß diese Entlohnung nach der vereinten Anzahl von Fochen und Parzellen stattzufinden haben.

Zu diesem Ende ist die Anzahl der Focher und Parzellen gemeindeweise aus dem Parzellen-Protocoll, und zwar ohne Berücksichtigung der im Anlosse der Sectionen vorkommenden Doppelnummern auszugehen, und der Verdienst für ein Point mit 0.5 Kreuzer österr. Währ. zu berechnen.

Als Entlohnung für den Revidenten ist demselben für die Revision von 1000 Point pr. 1 fl. öst. Währ. zu vergüten.

Diese Bestimmungen werden hiemit mit dem Besatze zur allgemeinen Kenntniß gebracht, daß allfällige Gesuche um Ausfolgung von Mappen entweder bei der Finanz-Landes-Direction oder beim hiesigen Mappen-Archiv umzubringen sind, und daß dieser neue Berechnungs-Maßstab vom 1. März 1861 in Wirksamkeit tritt.

Von der k. k. Statthalterei.
Lemberg, am 2. März 1861.

L. 10075. **Obwieszczenie.**

Wysoka c. k. generalna Dyrekcya kadastru podatku gruntowego postanowiła rozporządzeniem z dnia 21. Października 1860 do l. 60621/1392 na zapytanie jednego z archiwów map, w jaki sposób traktowane być mają wydarzyć się mogące podania stron prywatnych o wygotowanie kopii map i podług jakiego wymiaru wynagrodzone być mają w tym celu ugodzeni pracujący, — że wynagrodzenie to nastąpić ma podług połączonej ilości morgów i parceli.

W tym względzie należy wyciągnąć z proto-

kułu parceli, bez względu na podwójne numera przy stykaniu się parceli przychodzące podług pojedynczych gmin ilość morgów i parceli, i wynagrodzenie policzyć po 0.5 centów wal. austr. za jeden punkt.

Wynagrodzenie zaś dla rewidenta liczy się po 1 zł. w. a. za rewizję 1000 punktów.

Te postanowienia podają się niniejszem do ogólnej wiadomości z tém dodatkiem, że dotyczące podania o wydanie map mogą być wnoszone lub do c. k. krajowej Dyrekcji skarbu lub też do tutejszego archiwu map, również że ten nowy wymiar obliczenia nastąpić ma od 1. Marca 1861.

Od c. k. Namiestnictwa galicyjskiego.
Lwów, dnia 2. Marca 1861.

3. 3442. **Edict.** (2602. 1-3)

Vom k. k. Tarnower Kreis-Gerichte wird den dem Aufenthalte nach unbekanntem Xaver und Eplvestra Wislockie mittelst gegenwärtigen Edictes bekannt gemacht, es habe wider dieselben Salomon Schleissteher wegen Zahlung der Wechsel-Summe von 400 fl. ö. W. f. N. G. unterm 1. März 1861 Z. 3442 eine Klage angebracht und um richterliche Hilfe gebeten, worüber ihnen die Zahlung dieser Summe oder die Anbringung der Einwendungen binnen 3 Tagen unter Einem aufgetragen wurde.

Da der Aufenthaltsort der Belangten unbekannt ist, so hat das k. k. Kreis-Gericht zu ihrer Vertretung und auf ihrer Gefahr und Kosten den hiesigen Landes-Advokaten Hrn. Dr. Serda mit Substituierung des Landes-Advokaten Hrn. Dr. Rutowski als Curator bestellt, mit welchem die angebrachte Rechtsache nach Wechselrecht verhandelt werden wird.

Durch dieses Edict werden demnach die Belangten erinnert, zur rechten Zeit entweder selbst zu erscheinen, oder die erforderlichen Rechtsbehelfe dem bestellten Vertreter mitzutheilen, oder auch einen andern Sachwalter zu wählen und diesem Kreis-Gerichte anzuzeigen, überhaupt die zur Verttheidigung dienlichen vorschriftsmäßigen Rechtsmittel zu ergreifen, indem sie sich die aus deren

Verabsäumung entstehenden Folgen selbst beizumessen haben werden.

Vom k. k. Kreisgerichte.
Tarnów, am 6. März 1861.

N. 3442. **E d y k t.**

C. k. Sąd czyni wiadomo niniejszym edyktem z miejsca pobytu niewiadomym Ksawerowi i Sylwestrze Wislockim, że przeciwko nim Salomon Schleissteher wniósł skargę o zapłacenie sumy wekslowej 400 złp. z p. n. pod dniem 1. Marca 1861 do L. 3442 i prosił o pomoc sądową i że w skutek téjże prósy nakazano zapozwanym zapłacenie rzeczonej sumy lub wniesienie zarzutów w terminie trzech dni.

A gdy miejsce pobytu zapozwanych jest niewiadome, sąd obwodowy ustanowił im na ich niebezpieczeństwo i koszta kuratora w osobie pana adwokata Dra Serdy z zastępstwem p. Dra Rutowskiego.

Napomina się tedy zapozwanych, aby w należytem czasie albo sami stanęli, lub kuratorowi dowody potrzebne wręczyli, lub też innego obrońcę obrali i takowego tutejszemu sądowi wskazali, ogólnie aby wszelkich do obrony służących środków prawnych używali, gdyż skutki wypłynące mogące z zaniebdania sami sobie przypiszą.

Z rady c. k. Sadu obwodowego.
Tarnów, dnia 6. Marca 1861.

3. 3441. **Edict.** (2601. 1-3)

Vom k. k. Tarnower Kreis-Gerichte wird den dem Aufenthalte nach unbekanntem Xaver und Eplvestra Wislocka mittelst gegenwärtigen Edictes bekannt gemacht, es haben wider dieselben Salomon Schleissteher wegen Zahlung der Wechsel-Summe pr. 400 fl. ö. W. f. N. G. unterm 1. März 1861 Z. 3441 eine Klage angebracht und um richterliche Hilfe gebeten, worüber unter Einem demselben die Zahlung dieser Summe oder Anbringung der Einwendungen binnen 3 Tagen aufgetragen wurde.

Da der Aufenthaltsort der Belangten unbekannt ist, so hat das k. k. Kreis-Gericht zu ihrer Vertretung und

auf deren Gefahr und Kosten den hiesigen Advokaten Hrn. Dr. Serda mit Substituierung des Advokaten Hrn. Dr. Rutowski als Curator bestellt, mit welchem die angebrachte Rechtsache nach Wechselrecht verhandelt werden wird.

Durch dieses Edict werden demnach die Belangten erinnert, zur rechten Zeit entweder selbst zu erscheinen, oder die erforderlichen Rechtsbehelfe dem bestellten Vertreter mitzutheilen, oder auch einen andern Sachwalter zu wählen und diesem k. k. Kreis-Gerichte anzuzeigen, überhaupt die zur Verttheidigung dienlichen vorschriftsmäßigen Rechtsmittel zu ergreifen, indem er sich die aus deren Verabsäumung entstehenden Folgen selbst beizumessen haben werden.

Vom k. k. Kreisgerichte.
Tarnów, am 6. März 1861.

L. 3441. **E d y k t.**

C. k. Sąd obwodowy Tarnowski zawiadamia Xawerogo i Sylwestia Wislockich że przeciw nim Salomon Schleissteher pod dniem 1. Marca 1861 do l. 3441 wniósł skargę o zapłacenie sumy wekslowej 400 złr. a. w. z przyn. i prosił o pomoc sądową, że w skutek téj prósy nakazano zarazem pozwanym zapłacenie sumy rzeczonej lub wniesienie zarzutów w terminie 3 dni.

A gdy miejsce pobytu pozwanym jest niewiadome, c. k. Sąd Obwodowy ustanowił tymże na ich niebezpieczeństwo i koszta kuratora w osobie tutejszego pana adwokata Dr. Serdy z zastępstwem pana adwokata Dr. Rutowskiego z którym też rozpoczęta sprawa według prawa wekslowego przeprowadzoną będzie.

Napomina się więc pozwanym, aby w czasie należytem albo sami stanęli, albo potrzebne dowody ustanowionemu kuratorowi wręczyli lub innego obrońcę sobie obrali i tutejszemu Sądowi wskazali, i w ogóle ażeby służących do obrony prawnych środków używali, gdyż skutki powstałe mogące z ich zaniebdania sami sobie przypiszą.

Z rady c. k. Sadu obwodowego.
Tarnów, dnia 6. Marca 1861.

(2598. 1-3) **K u n d m a c h u n g**

betreffend die Einführung von Lieferzeiten für Eisen- und Frachtgüter auf

der kais. königl.  priv. galizischen

C A R L L Ü D W I G - B A H N.

Die gefertigte Bahn-Verwaltung macht hiermit bekannt, daß sie vom 20. März 1861 angefangen bei dem Transporte von Eisen- und Frachtgütern auf ihren Bahn-Linien folgende Lieferzeiten unter den beigefügten Bedingungen festgesetzt habe:

Die **Gesamtlieferzeit**, für deren Einhaltung die Bahn-Verwaltung dem Publicum gegenüber allein verantwortlich gemacht, und aus deren Ueberschreitung ein gültiger Reclamation-Anspruch erhoben werden kann, wird durch Zusammenrechnung der unten näher bezeichneten einzelnen Einlade-, Beförderungs-, Uebergangs- und Dispositionsfristen ermittelt.

A. Eilgut.

Die **Einladefrist** für das Eilgut ist auf 12 Stunden von der Zeit der Aufnahme an festgesetzt, und wird auf jenen Strecken, auf welchen täglich nur ein Personen- oder gemischter Zug verkehrt, auf 24 Stunden ausgedehnt.

Die **Beförderungsfristen** werden nach Distanzen zu je 21 Meilen in 12 Stunden bemessen; bei der letzten Distanz wird ein etwaiger Ueberschuß bis 3 Meilen nicht gerechnet.

Die **Uebergangsfrist**, welche erforderlich ist, um die Eilgüter von einer Linie auf die andere der eigenen Bahn oder auf eine ununterbrochen anschließende fremde Bahn zu übergeben, wird in der Uebergangsstation zu 12 Stunden gerechnet.

Um das Gut zur **Disposition des Adressaten** zu stellen, wird eine **zwölfstündige** Frist bemessen.

Zur **Auf- und Abgabe** von Eilgütern werden die Bureaux vom 1. April bis 30. September incl. spätestens um 6 Uhr Morgens geöffnet, und frühestens um 7 Uhr Abends geschlossen. Vom 1. October bis 31. März incl. werden dieselben spätestens um 8 Uhr Früh geöffnet, und frühestens um 6 Uhr Abends geschlossen.

Kauft die, mittelst Zusammenrechnung der oben festgesetzten einzelnen Fristen ermittelte Gesamtlieferzeit in der Zeit ab, während welcher die Bureaux der Stationen geschlossen sind, so wird dieselbe um den Vormittag des nächsten Tages verlängert.

B. Frachtgut.

Die **Einladefrist** für das Frachtgut ist auf 48 Stunden von der Zeit der Aufnahme an festgesetzt.

Wenn die Güter ihrer Beschaffenheit wegen nur an gewissen Tagen befördert, z. B. feuergefährliche Gegenstände, so ist der zu ihrem Transporte bestimmte Tag für die Einladefrist maßgebend.

Die **Beförderungsfristen** werden nach Distanzen zu je 14 Meilen 24 Stunden bemessen; bei der letzten Distanz wird ein etwaiger Ueberschuß bis 3 Meilen nicht gerechnet.

Die **Uebergangsfrist**, welche erforderlich ist, um die Frachtgüter von einer Linie auf die andere der eigenen Bahn oder auf eine ununterbrochen anschließende fremde Bahn zu übergeben, wird in der Uebergangsstation zu 24 Stunden gerechnet.

Um das Gut zur **Disposition des Adressaten** zu stellen, wird eine Frist von 24 Stunden bemessen.

Zur **Auf- und Abgabe** der Frachtgüter werden die Bureaux mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage vom 1. April bis 30. September spätestens um 6 Uhr Morgens geöffnet und frühestens um 6 Uhr Abends geschlossen. Vom 1. October bis 31. März inclusive werden dieselben spätestens um 7 Uhr Früh geöffnet und frühestens um 5 Uhr Abends geschlossen.

Kauft die mittelst Zusammenrechnung der oben festgesetzten einzelnen Fristen ermittelte Gesamtlieferzeit in der Zeit ab, während welcher die Bureaux der Stationen geschlossen sind, so wird dieselbe um den ganzen nächsten Tag verlängert.

Allgemeine Bestimmungen.

Die oben festgesetzten Fristen haben nur auf die nach dem allgemeinen Tarife beförderten Güter Anwendung.

Der Datum des Aufnahmestempels auf dem Frachtbriefe gilt als Tag der Uebergabe der Güter an die Eisenbahn. Die hiemit festgesetzten Lieferzeiten werden von dem Tage der Aufgabe, d. i. von dem Tage, welcher durch den Stempel der Aufnahmestation bezeichnet ist, gezählt, u. z. vom Mittage an, wenn die Aufnahme vor diesem Zeitpunkte, und von Mitternacht an, wenn die Aufnahme Nachmittags stattgefunden hat.

Sowohl bei Eil- als bei Frachtgütern wird zu den oben bemessenen Fristen noch jene Zeit gerechnet, welcher zur zollamtlichen Abfertigung nothwendig ist.

Im Falle eines Elementar-Ereignisses (casus fortuitus major) ist die Bahn-Verwaltung von der Verpflichtung, die Lieferzeit einzuhalten, befreit.

Ebenso behält sich die Bahn-Verwaltung das Recht vor, bei außerordentlichen vorübergehenden Bahnhindernissen die Anwendung der gegenwärtigen Bestimmungen zu sistiren, was durch öffentliche Ankündigungen bekannt gemacht werden wird.

In den Fällen, in welchen die Bahn-Verwaltung die bestimmten Gesamtlieferzeiten nicht einhält, werden nachstehende Abzüge von der für ihre Bahnstrecke entfallenden Transportgebühr gewährt.

a) Bei Eilgutbeförderung.

Für ein Verspätung von 12 bis 24 Stunden $\frac{1}{4}$ der Portogebühr; für eine Verspätung von 1 bis 3 Tagen $\frac{1}{3}$, und für eine Verspätung von mehr als 3 Tagen die Hälfte der Portogebühr.

b) Bei Frachtgutbeförderung.

Für eine Verspätung von 1 bis 3 Tagen $\frac{1}{4}$ der Portogebühr; für eine Verspätung von 3 bis 8 Tagen $\frac{1}{3}$, und für eine Verspätung von mehr als 8 Tagen die Hälfte der Portogebühr.

In nachstehenden Fällen wird keine Gesamtlieferzeit garantirt und daher auch kein Abzug von der Transportgebühr gewährt:

1. In Fällen von Elementar-Ereignissen und außerordentlichen, momentanen Bahnhindernissen, wie oben gesagt wurde.
2. Wenn die Verspätung durch eine unrichtige oder unvollständige Angabe im Frachtbriefe verursacht wird.
3. Wenn die äußere Beschaffenheit der Colli eine anstandslose Verladung unmöglich machte.
4. Wenn die Absendung durch Zollamtshandlungen verzögert wird.
5. Wenn der Aufgeber sich einer der in den Bestimmungen beim Sachen-Transporte vorgesehene Uebertretungen schuldig gemacht hat.
6. Wenn das öffentliche Interesse die Bevorzugung gewisser Transporte nöthig macht.
7. Wenn die Beförderung zu einem ermäßigten Tarife stattfindet und hiefür keine besonderen Bestimmungen gelten.

In allen Fällen muß der Adressat oder sein Besteller, wenn er die Waare übernehmen will, den vollen, auf dem Frachtbriefe berechneten Betrag bezahlen.

Die Thatfache der Verspätung berechtigt weder zur Verweigerung der Uebernahme des Gutes, noch kann sie die Einhebung der Transport-, Lagerzins- und andere Gebühren beeinträchtigen.

Jede Reclamation wegen verspäteter Lieferung muß spätestens binnen 14 Tagen nach Uebernahme der Waaren erhoben, und unter Anschluß des Frachtbriefes an die Bahn-Verwaltung oder an die Abgabestation gerichtet werden.

Nach Ablauf dieser Frist wird jede Reclamation als ungiltig und nicht als geschehen betrachtet.

Ist die Reclamation durch die gepflogenen Erhebungen als begründet erachtet worden, so wird der betreffende Abzug von der Transportgebühr dem Adressaten bei der Cassa der Abgabestation zur Auszahlung angewiesen werden.

Wien, am 28. Februar 1861.

Von der k. k. priv. galiz. Carl Ludwig-Bahn.